

Eine Debatte zum Mindestlohn hatte es auf Antrag der CDU-Fraktion am 28. Mai im Thüringer Landtag gegeben. Die Mindestlohnregelung solle unbürokratischer gestaltet werden, lautete die Forderung. Dazu ergriff die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ina Leukefeld, das Wort. Die LINKE sei froh über den Mindestlohn, „wenn uns auch der Schritt nicht groß genug ist, weil es noch so viele Ausnahmen gibt und auch 8,50 Euro letztendlich nicht vor Altersarmut schützen werden, glauben wir dennoch, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist“.

Beim im März stattgefundenen ersten Mindestlohngipfel der rot-rot-grünen Landesregierung wurde klar herausgestellt, „dass Arbeitszeiten zu dokumentieren sind und dass das eine Selbstverständlichkeit sein muss, um den Mindestlohn tatsächlich umzusetzen. Wer mehr Arbeit nicht bezahlen will, wehrt sich gegen diese Dokumentationspflicht, denn ansonsten ist sie auch unabhängig vom Mindestlohn notwendig.“

Wo bitte schön ist das Problem?

Außerdem mache der Gesetzgeber „eigentlich keine Vorschriften zur Aufzeichnungspflicht und im Übrigen kann der Arbeitgeber diese Pflicht auch auf die Arbeitnehmer übertragen. Insofern sage ich: Wo bitte schön ist das Problem?“, betonte Ina Leukefeld. Nicht zu unterschätzen seien auch die Auswirkungen des Mindestlohns „auf die Lohnentwicklung insgesamt, weil auch diejenigen, die mehr verdienen, nachgezogen werden, auch diese Lohnentwicklung ist richtig und ist gewollt. Sie kennen auch die Gründe – ob das Kaufkraft stärken ist, Lebensqualität verbessern, Armut verhindern“. Dies sei wichtig, „um endlich aus dem Niedriglohnbereich rauszukommen. Viele Unternehmen und Handwerker unterstützen das auch“. Allerdings gebe es „durchaus Versuche von Unternehmen, den Mindestlohn zu unterlau-

Ein Schritt in die richtige Richtung

fen. Es gibt ja auch Unternehmensberater und Schulungen, die gute Tipps, übrigens auch für Geld, verkaufen, was man tun könnte. Ich meine, es wäre besser gewesen, so viel Energie und Zeit auf die Umsetzung zu konzentrieren. Da wären wir vielleicht schon ein Stück weiter“. Um den Mindestlohn zu unterlaufen, würde z.B. die Arbeitszeit gekürzt, „dass also die



Die Koalitionsfraktionen hatten mit einer Aktion im April am Landtag auch auf die noch immer bestehende Lohnlücke zwischen Männern und Frauen aufmerksam gemacht.

gleiche Arbeit in weniger Zeit zu realisieren ist. Dann haben die Betroffenen also keinen Cent mehr von der Einführung des Mindestlohns“.

Oder es gebe „Veränderungen bei den Arbeitsaufgaben, wo in der gleichen Arbeitszeit eben mehr getan werden muss“. Ina Leukefeld erinnerte insbesondere an das Reinigungsgewerbe. „Es gibt aber auch Kürzungen von Weihnachts- und Urlaubs-

geld und dessen Anrechnung auf den Gesamtverdienst. Ich kann zu diesen Fakten sagen, sie sind alle rechtswidrig, und da gibt es auch schon die ersten Urteile.“

Die Einführung des Mindestlohns in Deutschland habe der Wirtschaft eben keinen Abbruch getan. Die Abgeordnete zitierte aus der Süddeutsche Zeitung v. 21. Mai, wo es unter der Überschrift „8,50 Euro Mindestlohn – na und?“ hieß: „Der Zeitpunkt für den Startschuss hätte kaum besser ausgewählt werden können: Die Wirtschaft floriert, Produkte made in Germany sind nach wie vor weltweit gefragt, viele Unternehmen brauchen mehr Mitarbeiter. Dies hat dazu beigetragen, dass der Mindestlohn bis April den Beschäftigungsboom nicht abgewürgt hat.“ Im Gegenteil.

Anzahl der Minijobber gesunken

Forderungen der CDU, bei den sogenannten Minijobbern die Aufzeichnungs- und Kontrollpflicht ganz aussetzen, lehnte Ina Leukefeld ab: „Wir sagen auch dazu Nein, weil es unbedingt nötig ist, dass da kontrolliert wird. Nach Aussage der Minijobzentrale sank die Zahl der auf 450-Euro-Basis Beschäftigten im gewerblichen Bereich in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 237.000, das sind 3,5 Prozent, auf etwa 6,6 Millionen bundesweit und auch in Thüringen ist die Anzahl der Minijobber besonders deutlich gesunken.“

„Ich sage Ihnen, das freut mich, weil Minijobber im Grunde genommen von dem, was sie verdienen, nicht leben können. Die Wenigsten machen das als Zweitjob während sie einen anderen Volljob haben. Wenn dafür sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, ist das ebenfalls eine gute Botschaft“, betonte die LINKE-Politikerin. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Landeserziehungsgeld:

Der Bildungspolitiker der Linksfraktion, Torsten Wolf, hat die Vorwürfe der CDU, die Koalition umgehe mit der Abschaffung des Landeserziehungsgeldes den Bürgerwillen, zurückgewiesen. Im Rahmen einer Studie zum Thüringer Erziehungsgeld sei von den Wissenschaftlern ausdrücklich formuliert worden, man finde „keine Evidenz, dass zweijährige Kinder von der Einführung des Betreuungsgeldes profitieren“. Nachteile in der frühkindlichen Erziehung haben nach einhelliger Expertenmeinung langfristig negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder bis ins Erwachsenenalter. Die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes und die Verbesserung der Kita-Betreuung erfülle zudem die überwiegenden Erwartungen der Eltern und Träger an eine gerechte frühkindliche Bildungspolitik.

Hochschulen:

Nach Ansicht des LINKE-Abgeordneten Christian Schaft zeigen die Thüringer Hochschulen exemplarisch, wie sehr Frauen noch immer durch die so genannte „gläserne Decke“ an gleichberechtigten Karrierewegen gehindert sind. „Mehr junge Frauen als Männer meistern erfolgreich das Abitur und beginnen im Anschluss ein Studium. Aber schon bei den Promovierenden und Habilitierenden sind sie dann in der Unterzahl und Professorinnen müssen auch heute noch in einigen Fachbereichen fast mit der Lupe gesucht werden.“ Ziel der Koalition sei es insbesondere den Aufstieg von Frauen in die Professur sicherzustellen.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemittelungen/ ■

NACHRICHTEN

Datenspeicherung

Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik der Linksfraktion, begrüßt die eindeutige Äußerung des Justizministers Dieter Lauinger zur Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung. „Thüringen zeigt, dass Vernunft und Sachverstand nicht nur im Koalitionsvertrag festgehalten wurden, sondern auch mit solchem regiert wird. Alle bisherigen Erkenntnisse lassen nur einen Schluss zu: die Vorratsdatenspeicherung, egal welchen Namens, muss verhindert werden und gehört abgelehnt.“ Im Koalitionsvertrag hatte sich Rot-Rot-Grün nicht nur auf eine Ablehnung, sondern auch auf die Ausschöpfung jeglicher gesetzlicher und gerichtlicher Mittel zur Verhinderung der Vorratsdatenspeicherung verständigt. Die LINKE hatte sich von Anbeginn gegen Maßnahmen zur Massenüberwachung ausgesprochen. ■



Thüringer Schülerinnen am Mädchenzukunftstag zu Gast in der Linksfraktion. „Für die LINKE ist der Girls' Day eine weitere und gute Gelegenheit, in Gesprächen mit Landespolitikerinnen Mädchen und Jungen zu sensibilisieren für die Themen Chancengleichheit und Geschlechtergleichstellung. Dabei gehen die rot-rot-grüne Landesregierung mit ihren fünf Ministerinnen und die Landtagsfraktion mit ihren Abgeordneten (14 Frauen, 14 Männer) sowie der Fraktions- und Parteivorsitzenden mit gutem Beispiel voran“, betonte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. ■

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Landtagssitzungen finden statt vom 8. bis 10. Juli und vom 9. bis 11. September.

Demokratietagung:

Tagung „Demokratie ist kein Sofa“ zum Ausbau der direkten Demokratie in den Kommunen am Dienstag, den 23. Juni, ab 14 Uhr im Landtag, Raum, F 101.

Thüringentag:

Zum Thüringentag in Pöbbeck vom 26. bis 28. Juni präsentiert sich die Linksfraktion im Rahmen der Politikmeile am Marktplatz.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de